



Nachrichten aus Brüssel

EU-Aktionsplan für Umwelt und Gesundheit

Der von der Europäischen Kommission vorgelegte Aktionsplan 2004 bis 2010 soll insbesondere zum Abbau der durch Umweltverschmutzung bedingten Krankheiten führen. Entwickelt werden soll ein EU-System mit integrierten Informationen über Umwelt, Ökosystem und menschliche Gesundheit. Die Informationen sollen zu einer Überprüfung und Anpassung der Risikominderungspolitik führen und der Kommission ein Tätigwerden erleichtern. Der Aktionsplan sieht 13 Initiativen vor, u.a. wird erforscht, inwiefern Umweltbelastungen epidemiologische Auswirkungen haben können. Im Mittelpunkt stehen ferner Forschungsarbeiten in den Bereichen Asthma/Allergie, Störungen der Entwicklung des Nervensystems, Krebs und Störungen des Hormonhaushalts. Gefordert werden Maßnahmen zur Sensibilisierung über Risiken, denen die Bürger ausgesetzt sind, und die Schulung von Fachleuten in Umwelt- und Gesundheitsfragen. Geprüft werden soll ferner die Durchführbarkeit einer biologischen Überwachung des Menschen auf europäischer Ebene, d.h. die Kontrolle von Blut-, Urin- oder Haarproben zur Messung der Belastung durch Umweltschadstoffe. ■

Patientenmobilität

Der EU-Gesundheitsministerrat befaßte sich mit der Kommissionsmitteilung zur Patientenmobilität und der Entwicklung der gesundheitlichen Versorgung in der EU (vgl. BZB 6/2004). Die EU-Minister unterstützten die Zielsetzung, die Qualität und die Kosteneffektivität der Gesundheitsdienste zu verbessern und forderten die Mitgliedstaaten zu verstärkter Kooperation, besserem Informationsaustausch, der Anwendung von Best-Practice-Vergleichen sowie zur Entwicklung von Maßnahmen im Bereich des Gesundheitsschutzes auf. Neben der von der Kommission vorgesehenen Expertengruppe für Gesundheitsversorgung und Gesundheitsdienste, die am 1. Juli 2004 ihre Arbeit aufnimmt, richten die Gesundheitsminister ein

hochrangiges Gremium ein, das über Fragen der Patientenmobilität und Entwicklungen im Bereich der Gesundheitsvorsorge berichten soll. Diese hochrangige Gruppe wird sich politischen, horizontalen Themen widmen, während die Expertengruppe der Kommission sich eher konkreten, fachlichen Fragen zuwenden soll, u.a. Aktionen und Projekte im Hinblick auf die Patientenmobilität, Einführung der offenen Methode der Koordinierung bei der Gesundheitsversorgung und Lösungsmöglichkeiten für das Problem, wie mit den Besonderheiten des Gesundheitssektors im Hinblick auf die Erfordernisse des Binnenmarktes umzugehen ist. ■

E-Health

Die EU-Gesundheitsminister forderten die Europäische Kommission auf, bis zum Jahr 2005 ein vernetztes Internetportal über die öffentliche Gesundheit einzurichten. Zur Vernetzung der nationalen Internetangebote sollen die Mitgliedstaaten ihre gesundheitsbezogenen Websites an die EU-Qualitätskriterien anpassen. Die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien soll den Zugang zu Gesundheitsinformationen und Behandlungsmöglichkeiten erleichtern, den EU-weiten Datenaustausch ermöglichen und die Qualität, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit und Effizienz von Gesundheitsdienstleistungen verbessern. ■

Förderung der Herzgesundheit

Der EU-Gesundheitsministerrat einigte sich auf einen verstärkten Austausch von Erfahrungen und Daten bei der Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Im Wege der Koordinierung in verschiedenen Politikbereichen (Gesundheit, Wissenschaft und Forschung, Ernährung, Umwelt) soll die Herzgesundheit der Bevölkerung gefördert werden. Im Rahmen der Maßnahmen sollen Risikofaktoren vermieden und ein gesunder Lebensstil gefördert werden. ■

Friedrich von Heusinger,
Vertretung des Freistaates Bayern in Brüssel